

An den österreichischen Außenminister Alexander Schallenberg,
und an den ehrenwerten Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates
und an Frau Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission
und an Herrn Sven Kuhn von Burgsdorf, Leiter der Delegation der Vertretung der Europäischen Union
im Westjordanland und im Gazastreifen sowie der UNRWA.

Betrifft:

- Die Manipulation des palästinensischen Finanzministeriums und Sozialministeriums bei der EU-Finanzhilfe zur Zahlung von Sozialleistungen für die Armen.

- Die Behauptung von Ahmed Majdalawi, Minister für soziale Angelegenheiten in der Palästinensischen Autonomiebehörde, dass die Europäische Union die Sozialzulage für die armen Familien im Westjordanland und im Gazastreifen erst im Juli 2021 überweisen wird.

- Die fortwährende Manipulation der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber den finanziellen Mittelzuweisungen, die von der Europäischen Union für soziale Angelegenheiten gewährt werden, wobei weiterhin ein großer Teil abgezogen und nicht rechtzeitig an Bedürftige ausgezahlt wird. Das verstößt eindeutig gegen die Vorschriften und Bestimmungen der Europäischen Verfassung, in denen das Engagement der Länder festgelegt ist, die von der Unterstützung der Europäischen Union für Transparenz und Beachtung der Menschenrechte profitieren.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich GrüÙe Sie alle!

Mein Name ist Kawthar Salam, ich bin eine Journalistin, der seit 20 Jahren in Wien, in der Europäischen Union lebt.

Ich möchte Ihnen von einem Teil des Leids von mehr als 115.000 armen palästinensischen Familien berichten, die in ihrem täglichen Einkommen auf Sozialleistungen angewiesen sind, welche der Palästinensischen Autonomiebehörde als finanzielle Zuschüsse aus Ländern der Europäischen Union gewährt werden - denen allen Dank und Anerkennung gebührt!

Zur Einführung:

Die Europäische Verfassung sieht vor, dass alle Länder und Organisationen, die von europäischer Finanzhilfe profitieren, Transparenz, Beachtung der Menschenrechte und Ehrlichkeit in der Auszahlung der ihnen gewährten Finanzhilfe beachten.

Zur Europäischen Verfassung gehört auch die Bedingung ihrer Mitgliedsländer, dass alle die Länder, die von ihrer Finanzhilfe profitieren, verpflichtet sind, die Gesetze umzusetzen, die den Respekt der Menschenrechte garantieren und die dafür sorgen sollen, das Ziel und den Zweck der den Ländern gewährten Hilfe zu erreichen und die Mittel entsprechend diesen Prinzipien zu verteilen.

Jede betroffene Gruppe oder Einzelperson aus Ländern, die von der EU-Hilfe profitieren, hat das Recht, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Beschwerde gegen die Parteien einzureichen, die gegen die oben genannten Bestimmungen verstoßen.

Gemäß dem Osloer Abkommen hat die Europäische Union zusätzlich zu ihrer EUPOL-COPPS-Niederlassung in den Palästinensischen Gebieten in Ramallah ein Büro für technische Hilfe - oder zu

demselben Zweck eine Repräsentanz im Westjordanland und im Gazastreifen - eingerichtet, mit einer Reihe von Entwicklungs- und Verwaltungsaufgaben, die darauf abzielen, den Grundstein für einen zukünftigen palästinensischen Staat zu legen.

Nach den mir zur Verfügung stehenden Presseinformationen, die ich in den europäischen und internationalen Medien veröffentlichen möchte, hat die Palästinensische Autonomiebehörde, also der neue Partner Europas im sogenannten Friedensabkommen, die finanziellen Mittel für soziale Angelegenheiten konsequent manipuliert, es sind Zuweisungen, von den Ländern der Europäischen Union bereitgestellt, die aus unbekanntem Gründen abgezogen wurden! Darüber hinaus unterzeichnete die Palästinensische Autonomiebehörde in Genf eine Reihe internationaler Abkommen in unlauterer Absicht: Sie zeigte kein Interesse daran, das einzuhalten, was sie unterzeichnet hatte, sondern sie betrog durch die Unterzeichnung des Völkerrechts.

Das einfachste Beispiel dafür ist, dass diese Autorität die alten Gesetze aus der türkischen und jordanischen Zeit nicht geändert hat, dass es also nicht so ist, dass Frauen vor sogenannten Ehrenmorden geschützt und Mörder inhaftiert werden, wohl aber, dass Meinungsfreiheit und ihre Ausübung bestraft werden!

Andere Beispiele: Die Palästinensische Autonomiebehörde stellte zuerst jährlich vier Finanzchecks als Zuteilung für soziale Angelegenheiten an die Armen zur Verfügung (alle drei Monate ein Bargeldscheck). Dann wurde diese Sozialzulage auf drei Schecks pro Jahr reduziert (alle vier Monate einen Barscheck). Aber im Jahr 2021 hat die Palästinensische Autonomiebehörde den Armen die Sozialhilfe gar nicht bezahlt!

Laut einem aufgezeichneten direkten Gespräch, das ich mit einer Reihe armer Familien geführt habe, die von diesen europäischen Sozialversicherungsbeihilfen profitiert hatten, gab es unter ihnen eine Familie mit zwei Personen, die beide eine körperliche Behinderung hatten. Sie sagten mir, dass die Palästinensische Autonomiebehörde ihnen vor 2019 jährlich vier Schecks für Sozialleistungen gegeben habe. Der Wert jedes Schecks betrug 750 israelische Schekel, das entspricht 190.84 Euro. Das bedeutet, dass jede Person für drei Monate diesen Betrag an Sozialhilfe bekommen hat.

Eine zweite Familie mit mehr als drei Mitgliedern, die Sozialhilfe erhielten, teilte mir mit, dass sie im Jahr 2020 drei Schecks erhalten hätten, wobei der Wert jedes Schecks 950 israelische Schekel betrug und dass jede Sozialhilfe pro Person weniger als 350 Schekel beträgt, - weniger als 119 Euro alle drei Monate!?

Seit Anfang 2021 hat die Palästinensische Autonomiebehörde keine Sozialleistungen mehr für die Armen ausgegeben. Und das bedeutet, es sind vier Monate her, dass der Sozialminister Ahmed Majdalawi in den lokalen Medien seine Spitzen gegen die Europäische Union fortgesetzt hat mit der Aussage, die Europäische Union habe der Palästinensischen Autonomiebehörde mitgeteilt, sie werde den Armen erst im nächsten Juli 2021 finanzielle Hilfe leisten.

Andererseits und unter Bezugnahme auf die Presseerklärungen der Europäischen Union (Jerusalem, 23.12.2020 - 11:17 Uhr, UNIQUE ID: 201223_2): Die Europäische Union und Spanien haben 19,5 Mio. EUR für eine dritte jährliche Zahlung von Sozialleistungen im Rahmen des Nationalen Geldtransferprogramms bereitgestellt, das 115.000 schutzbedürftigen palästinensischen Familien zugute kommt.

Die EU unterstützt das Ministerium für soziale Entwicklung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), das im Rahmen seines Geldtransferprogramms (CTP) für die Bereitstellung eines grundlegenden sozialen Schutzes für die am stärksten gefährdeten Familien im Westjordanland und im Gazastreifen zuständig ist. Für diese Zahlung hat die Europäische Union ihren üblichen finanziellen Beitrag mit 18,5 Mio. EUR fast verdoppelt, während Spanien seinen jährlichen Beitrag von 1 Mio. EUR bereitstellte.

Und am Dienstag, den 14. April, stellten die Europäische Union, Österreich und Spanien schutzbedürftigen palästinensischen Familien 14,5 Mio. EUR zur Verfügung, - eine wichtige Unterstützung in Zeiten der Coronakrise, und es diskutierten der Vertreter der Europäischen Union, Sven Kühn von Burgsdorff, und der palästinensische Minister für soziale Entwicklung, Ahmad Majdalani, in Ramallah über die gemeinsame Arbeit insbesondere während dieser Krise.

Und: Am 27. Juli 2020 hat die Weltbank einen Zuschuss von 30 Millionen US-Dollar an Bargeldunterstützung und kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen im Westjordanland, die von COVID-19 betroffen sind, genehmigt. Das COVID-19-Notfallprojekt im Westjordanland richtet sich sowohl an die neuen Armen, die infolge der Pandemie ihr Einkommen verloren haben, als auch an Familien, die bereits vor dem COVID-19-Ausbruch in Armut gelebt haben, jetzt aber noch mehr Probleme haben.

Bei einer einfachen Berechnung von 19,5 Millionen Euro + 14,5 Millionen Euro = 34 Millionen EURO, aufgeteilt auf 115.000 arme Familien, lautet die Antwort, dass die durchschnittlichen jährlichen Geldleistungen für jede Familie 295,65 Euro betragen, noch ohne die auf 30 Millionen Dollar geschätzte Hilfe der Weltbank hinzuzufügen.

- Und heute sagte der Sozialminister Ahmed Majdalawi in einem Interview mit Radio Al-Rif: Die Zulagen für soziale Angelegenheiten sind ein Segen des Präsidenten und niemand verpflichtet uns, sie zu bezahlen!

Die oben erwähnte palästinensische Familie erhielt jedoch im Jahr 2020 den oben genannten Betrag von dreimal 750 = 2.250 israelischen Schekel oder 572,52 Euro.

Mit anderen Worten, wo sind die Zuweisungen für soziale Angelegenheiten, die von der Europäischen Union ausgezahlt wurden, und auf dem Konto des Ministeriums für soziale Angelegenheiten hinterlegt worden, genau hingekommen? Wie viele arme Personen und Familien haben wesentlich weniger als die 572,52 Euro pro Jahr und wie viele haben gar nichts bekommen?

Nicht nach verfolgbare Ausgaben, das kann bedeuten: Duldet die Europäische Union etwa weiterhin Korruption und dunkle Streuung europäischer Gelder durch die Palästinensische Autonomiebehörde?

Warum bleiben viele Arme Opfer eines von der Europäischen Union finanzierten diktatorischen und korrupten palästinensischen politischen Systems? Sollte die Europäische Union etwa schweigen gegenüber illegalen Verstößen der Palästinensischen Autonomiebehörde und gegenüber Verstößen gegen die Bestimmungen der Europäischen Verfassung?

Ich erinnere Sie, Exzellenz, daran, dass das Minimum für die soziale Sicherheit (Mindestsicherung) pro Person in Europa 949,46 Euro im Monat beträgt, zuzüglich finanzieller Unterstützung für die Anmietung einer Wohnung für Wohnzwecke.

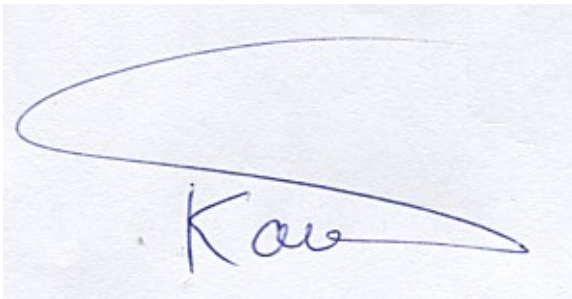
In Palästina: Der Mindestbetrag an Sozialhilfe beträgt 350 israelische Schekel oder 119 Euro pro Person alle drei Monate!

Ich bitte Sie höflich, sich mit der Frage der sozialen Sicherheit aller armen Familien zu befassen und im Jahr 2021 strengere und transparentere Maßnahmen der Europäischen Union zu ergreifen, insbesondere im Hinblick auf die Auszahlung von Zuweisungen für soziale Zwecke an die armen und schutzbedürftigen Gruppen, - die die palästinensischen Medien mangels Gesetzen und der Zensur, die ihnen auferlegt wurde, nicht interessieren.

Wir hoffen, dass die Europäische Union nach einem neuen Mechanismus sucht, der die Auszahlung von Sozialbeiträgen in einer anderen Amtszeit als die der Palästinensischen Autonomiebehörde garantiert, und dass die Summe der tatsächlichen Zuwendungen für die Armen nachvollziehbar offengelegt wird und dass diese Auszahlung jeden Monat rechtzeitig und ohne Verzögerung oder Abzug geschieht. Zumal die Palästinensische Autonomiebehörde ihre mangelnde Transparenz im Umgang mit sozialen Angelegenheiten schon bisher bewiesen und es nicht geschafft hat, soziale Sicherheit für die Armen und Behinderten zu erreichen und so auch zu garantieren, dass die Zulagen der Europäischen Union nicht für andere Dinge verwendet werden, die möglicherweise mit Korruption in Zusammenhang stehen!

Mit freundlichen grüßen,

Kawther Salam

A handwritten signature in blue ink on a light-colored background. The signature consists of a large, sweeping loop at the top, followed by the letters 'Kaw' in a cursive script, and a horizontal line extending to the right.

18. 04.2021